

# Runder Tisch pro Altstadt Heidelberg

## Protokoll der 3. Sitzung

am 08.02.2010 von 18.35 – 21.30 Uhr im Rathaus Heidelberg

---



---

**Veranstalter**  
**Stadt Heidelberg**  
Bürgeramt

Bergheimerstr. 69  
69045 Heidelberg  
Tel.: 06221/58-17700  
[Bernd.Koester@Heidelberg.de](mailto:Bernd.Koester@Heidelberg.de)

**Moderation / Dokumentation**  
**memo-consulting...**

Dipl.-Ing. Joachim Fahrwald

Am Landbach 7  
64342 Seeheim-Jugenheim  
Tel.: 06257/64371  
[team@memo-consulting.de](mailto:team@memo-consulting.de)

## Tagesordnung

- TOP 1** Begrüßung und Eröffnung
- TOP 2** Lösungsansätze/ Maßnahmen  
Gaststätten, öffentlicher Raum, Veranstaltungen  
- Vorstellung des 37-Punkte-Katalogs von Stadt und Polizei  
Stellungnahmen des Vereins Alt-Heidelberg und der Fachschaftskonferenz
- TOP 3** Vertiefung und Diskussion von ausgewählten Schwerpunktthemen in Arbeitsgruppen  
  
-Geplante Pause-
- TOP 4** Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Plenum
- TOP 5** Fazit, Ausblick, Ausklang

### **TOP 1 Begrüßung und Eröffnung**

Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner begrüßt die insgesamt etwa 110 Teilnehmer/innen und Zuschauer/innen des Runden Tisches im Rathaus der Stadt Heidelberg. In den letzten Tagen gab es aufgrund aktueller Medienberichte einige Aufregung zum Thema Altstadtentwicklung. Dr. Würzner bittet die Bürger/innen, sich über verschiedene Informationsangebote ein differenziertes Bild zu machen.

In der heutigen Sitzung wird ein umfassender Maßnahmenkatalog abgestimmt und konkretisiert. Nach den Stellungnahmen der Bürgerinitiativen zum vorab versandten 37 Punkte Katalog von Stadt und Polizei und unter Einbeziehung der Lösungsansätze aus den vorangegangenen Sitzungen bestehen 52 Maßnahmenvorschläge, die nach einer kurzen Erläuterung in Arbeitsgruppen bearbeitet werden sollen.

Sie bilden eine solide Grundlage, um nach Information und Beratung durch den Gemeinderat mehr Ruhe in die Altstadt zu bringen und Bewohnern, Hotelgästen und Besuchern eine friedvolle Koexistenz zu ermöglichen.

Dr. Würzner berichtet erfreut, dass ein generelles Verbot von Alkoholverkauf ab 22 Uhr für Ladengeschäfte besiegelt ist und am 1.3.2010 in Kraft treten wird.

Moderator Joachim Fahrwald begrüßt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung vor. Nach dem ersten Teil des dritten Runden Tisches, der im Plenum stattfindet, werden Arbeitsgruppen zu vier Bereichen gebildet, die in separaten Räumen ausgewählte Maßnahmen diskutieren und im Hinblick auf die Umsetzung konkretisieren und bewerten.

Die Ergebnisse werden im Anschluss dem Plenum vorgestellt und von der Stadt Heidelberg bis zur nächsten Sitzung so aufbereitet, dass sie als Vorlage dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt werden können.

Das Protokoll der zweiten Sitzung wird genehmigt.

### **TOP 2 Lösungsansätze/ Maßnahmen**

#### **Vorstellung des 37-Punkte-Katalogs von Stadt und Polizei**

Bernd Köster, Leiter des Bürgeramts, stellt das 37-Punkte-Papier von Stadt und Polizei vor. Das Papier beinhaltet Vorschläge für Lösungsansätze und Maßnahmen der Stadt und der Polizei zur Eindämmung von Lärm und unerwünschter Exzesse in der Heidelberger Altstadt. Bei den aufgelisteten Maßnahmen handelt es sich sowohl um mögliche Auflagen, die den Gaststättenbetreibern gemäß § 5 Gaststättengesetz auferlegt werden können, als auch um

praktische Handlungsweisen, die teilweise nicht zum Aufgabengebiet des Bürgeramtes gehören und deshalb noch einer Abstimmung bedürfen.

Vor der Erteilung einer Auflage muss selbstverständlich der Tatbestand sicher festgestellt worden sein. Ebenso muss der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet werden.

## **Maßnahmen bei anlagenbezogenen Störungen (durch Gaststätten)**

### **Rechtliche**

1. Erlass einer RechtsVO zur Verlängerung der Sperrzeit (Zurückführung auf den Status quo) als Reaktion auf die gesetzliche Verkürzung (bereits erfolgt); Zulassung von Ausnahmen nur, wenn keine Lärmbeschwerden + Feststellungen von KOD und Polizei vorliegen.
2. Leicht überprüfbare Lärmschutzaufgaben in Konzessionen und Baugenehmigungen (Fenster schließen etc.).
3. Außenbewirtschaftung vor Gaststätten begrenzen durch das Erstellen eines Straßennutzungskonzeptes.
4. Konsequentes Einschreiten bei festgestelltem Sofortverzehr auf der Straße außerhalb der Öffnungszeiten der Außenbewirtschaftung.
5. Bei unkooperativem Verhalten des Wirtes hinsichtlich Ziffer 4: Sperrzeitverlängerung für die Innenräume in Erwägung ziehen
6. Sperrzeiten konsequent überwachen (neue Sperrzeitverordnung seit 01.01.2010).
7. Begrenzung der Besucherzahl in Gaststätten (Baurecht).
8. Türsteher in Einzelfällen zwingend vorschreiben.
9. Auflagen zum Lärmschutz / Lärmmessungen / Lärmprognosen.
10. Weitere Limiter für Musikanlagen vorschreiben.
11. Musikverbot für bestimmte Zeiten in bestimmten Fällen bei nicht einsichtigen Wirten.
12. Neue Vorschrift des Landesgaststättengesetzes ab 01.03.2010 durchsetzen; z.B. Verbot von Flatrate und Mengenrabatten für Alkohol

### **Sonstige**

13. Zügige Vernetzung der Maßnahmen in enger Zusammenarbeit der betroffenen Fachämter.
14. Einwirkung auf die Vermieter (auch durch die Wirtschaftsförderung), Betriebe (Laden, hochwertige Gastronomie) anzusiedeln, die keine Lärmprobleme verursachen.
15. Gespräche mit den Wirten, andere Gastronomie-Konzepte anzubieten, um unerwünschtes Publikum aus Heidelberg fernzuhalten (kein Ballermann-Image in der Unteren Straße, möglichst keine Junggesellenabschiede).
16. Stadt als Vorbild; Gebäude Palmbräu-Gasse optimal dämmen; in Pachtverträgen Lärm durch lautstarke Musik untersagen/eventuell künftige Vermietung an Betreiber von Ladengeschäften?

17. 24-Stunden-Beschwerdetelefon beim Amt 15 einrichten; nachts automatische Weiterleitung zum Lagezentrum der Polizei (99-0); Muster eines Beschwerdeblattes erstellen.
18. Konsequenter Dialog mit den Gaststättenbetreibern, in ihren Kneipen Raucherräume einzurichten, um rauchende Gäste im öffentlichen Raum zu minimieren.
19. Gespräche mit den Gastwirten führen, wegen verstärkten Einsatzes von Ordnungspersonal.
20. Deeskalationsschulungen von Ordnungspersonal der Gaststätten.

## **Maßnahmen bei Störungen im öffentlichen Raum**

21. Zusätzliche Toiletten im öffentlichen Raum (ad hoc mobilen Toilettenwagen der Stadt am Heumarkt aufstellen. Dabei darf jedoch keine neue Störungsstelle entstehen.).
22. Gespräche mit der RNV und der Deutschen Bahn führen wegen
  - a) Alkoholverbotes in Bussen und Bahnen
  - b) verstärkten Einsatzes von Bussen zur Nachtzeit (Moonliner), um nachts Gäste aus der Innenstadt zu bekommen (bisher ML 2, 4, 5 ; Halbstunden-Takt), unterschiedliche Haltestellen bekannt machen).
23. Einträge in die Blogs im Internet, dass in Heidelberg durch Polizei und Kommunalen Ordnungsdienst scharf vorgegangen wird und keine Partystimmung herrscht.
24. Gezielte Maßnahmen gegen Alkoholmissbrauch bei jungen Menschen (Beratung über mögliche Konsequenzen ihres Verhaltens).
25. Gezielt Jugendschutzaktionen durchführen durch KOD und Polizei.
26. Wirksame Einsatzkonzeption der Polizei (verstärkte Polizeipräsenz; gezielte Einzelaktionen).
27. Verstärkte Präsenz des KOD (eventuell Zurückstellung anderer Aufgaben etc.).
28. Konsequentes Einleiten von Bußgeldverfahren bei wildem Urinieren, Grölen, sonstigen Störungen.
29. Platzverweise gegen Störer.
30. Längerfristige Aufenthaltsverbote für Wiederholungstäter.
31. Schreiben an Innenminister Rech zur Änderung des Polizeigesetzes (Schaffung einer Rechtsgrundlage, um auch im Gefahrenvorsorgefall eine Rechtsverordnung erlassen zu können (bereits erfolgt)).
32. Veranstaltungen auf Plätzen reduzieren.
33. Alkoholverkaufsverbot für Ladengeschäfte ab 22.00 Uhr ab 01.03.2010 durchsetzen.
34. Hellere Straßenbeleuchtung ab 24.00 Uhr in Problembereichen.
35. Um 0.15 Uhr Kehrmaschinen durch Problembereiche fahren lassen.

36. Gemeinsamer privater Ordnungsdienst benachbarter Gaststätten (nicht als Polizeiersatz).
37. Prüfung des Verbots von to go-Getränken ab 22.00 Uhr (u.a. wegen der Verschmutzung der Straße)
38. (Ergänzung) Um Störungen durch Studentenverbindungen besser begegnen zu können, soll Kontakt zu den „Alten Herren“ aufgenommen und eine Liste mit Ansprechpartnern zusammengestellt werden.

Moderator Joachim Fahrwald dankt Herrn Köster für die Erläuterung der Maßnahmenpunkte. Aus den Ergebnissen der ersten beiden Sitzungen ist durch weitere Bearbeitung und Ergänzungen aller Beteiligten (Stadt HD, Initiativen, Dehoga) ein umfangreicher Katalog von 52 Lösungsansätzen entstanden.



### **Stellungnahmen des Stadtteilvereins Alt-Heidelberg und der Fachschaftskonferenz**

Für den **Stadtteilverein Alt-Heidelberg** macht Herr Förster folgende Punkte deutlich: Der Runde Tisch hat wesentlich zur Versachlichung der Debatte beigetragen. Er ist jedoch eine Art Bürgersprechstunde und kein politisches Gremium. Die Initiativen sehen die Verwaltung nach wie vor in der Pflicht. Kern ist: Es existieren Regeln in der Altstadt. Diese müssen besser kommuniziert und ihre Einhaltung stärker und konsequenter überprüft werden.

Dort, wo die Möglichkeiten der Stadt an ihre Grenzen stoßen, sollten sich die Bürger ihrer Rechte (Nachbarschaftsrecht, Zivilrecht) bewusst sein und diese wahrnehmen.

Der Maßnahmenkatalog ist eine sehr gute Basis, es kommt aber auf die Umsetzung an. Die Initiativen erwarten dazu belastbare Aussagen der Stadt und Vorschläge zur Messbarkeit der Umsetzung.

Der Runde Tisch hat gute Vorarbeit geleistet, nun müssen Entscheidungen in den politischen Gremien folgen.

Yannik Zundl stellt die Altstadt-Problematik aus Sicht der **Fachschaftskonferenz** der Universität Heidelberg dar:

Der Beschwerdebrief eines Kaufmanns Lindau von 1856 zeigt anschaulich, dass die Konflikte zwischen Bewohnern und Nutzern der Altstadt so alt sind wie die Altstadt selbst. Dies darf nicht zu Achselzucken führen. Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens und klare Rahmenbedingungen sind sinnvoll und notwendig. Sie dürfen aber nicht zu unverhältnismäßigen und oberflächlichen Repressalien führen, die für die Gegängelten demütigend sind, ohne den Kern des Problems anzutasten.

Stadt und Polizei zeigen großes Bemühen, den Bürgern entgegen zu kommen. Die Möglichkeiten der Ämter dürfen aber nicht überschätzt werden. Sie können den persönlichen und

konstruktiven Austausch zwischen den Akteuren nicht ersetzen, den unterschiedlichen Wünschen kein Gesicht geben und sind daher nur sehr bedingt geeignet, echtes und damit nachhaltiges Verständnis für die Bedürfnisse anderer zu erzielen.

Joachim Fahrwald dankt der Fachschaftskonferenz, dass sich Vertreter der Studierenden beim Runden Tisch und in den Arbeitsgruppen beteiligen.

Um das ehrgeizige Programm der heutigen Sitzung einhalten zu können, können nach den Statements nur wenige Wortmeldungen zugelassen werden.

Diese machen deutlich:

- Ziel des Runden Tisches ist eine schnelle, effektive Umsetzung von wirkungsvollen Maßnahmen
- Mittel für Personal des KOD müssen aufgestockt werden
- Sperrstunden und Platznutzungskonzepte sind wesentliche Themen
- Kernproblem sind zu viele Menschen, die sich zu lange in der Altstadt aufhalten; „zu viele“ ist dabei wesentlicher als die Frage „wer“ sich dort aufhält
- Erfolgskontrollen sind wesentlich!

### **TOP 3 Vertiefung und Diskussion von ausgewählten Schwerpunktthemen in Arbeitsgruppen**

Joachim Fahrwald bittet die Teilnehmer/innen des Runden Tisches, sich nach eigenen Prioritäten für eine der vier Arbeitsgruppen (Übergeordnete Maßnahmen/ Umsetzung 1/ Umsetzung 2/ Konkretisierung) zu entscheiden. Die Besetzung sollte möglichst gemischt sein. In jeder AG befinden sich Vertreter/innen der Stadt, der Initiativen und der Gastronomie. Die Gruppen verteilen sich auf unterschiedliche Arbeitsräume.

Das von der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei entwickelte Maßnahmenpaket wurde im Vorfeld durch weitere Lösungsansätze aus der Sicht des Runden Tisches ergänzt und umfasst nunmehr 52 Punkte. Um die Arbeit in den AGs effizient zu gestalten, werden den einzelnen Gruppen bestimmte Maßnahmenpunkte zugeordnet.

In einer einstündigen Arbeitsphase besprechen und beurteilen die Arbeitsgruppen die jeweiligen Punkte nach Umsetzbarkeit, Wirkungsgrad und Konsens innerhalb der Gruppe.

Mit Blick auf die anstehende Umsetzung soll auf folgende Fragen eingegangen werden:

- a) Wer ist zu beteiligen?
- b) Welche Kosten fallen an?
- c) Wer trägt finanzielle Beiträge?
- d) Welche Widerstände sind zu erwarten?
- e) Wer kann unterstützen?
- f) Was wären erste Schritte?

### **TOP 4 Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen**

In den Gruppen wurden besonders bedeutsame und diskussionswürdige Punkte näher betrachtet. Im Folgenden sind alle Maßnahmenpunkte noch einmal aufgelistet. Sie spiegeln die unterschiedlichen Blickwinkel der Akteure des Runden Tisches wieder und finden nicht uneingeschränkt Zustimmung.

*Kommentare und Ergänzungen von LindA sind kursiv dargestellt.*

Ergebnisse und Kommentare der Arbeitsgruppen sind in Rahmen gesetzt. Hier sind zum Teil auch Einzelmeinungen dokumentiert.
--

## Maßnahmen bei anlagenbezogenen Störungen (durch Gaststätten)

### Rechtliche

1. Erlass einer RechtsVO zur Verlängerung der Sperrzeit (Zurückführung auf den Status quo) als Reaktion auf die gesetzliche Verkürzung (bereits erfolgt); Zulassung von Ausnahmen nur, wenn keine Lärmbeschwerden + Feststellungen von KOD und Polizei vorliegen.

*Linda: Aktuelle Sperrzeitregelung ist nicht anwohnerfreundlich, wichtig sind deshalb die Lärmesswerte in der Altstadt und rechtlich wird nicht ausreichend die Begründung des Urteils des BVerfG vom 01.12.2009 (Öffnungszeiten Berlin) berücksichtigt. Bei dem Urteil geht es um die Verpflichtung des Staates den Sonntag besonders zu schützen.*

> kein Konsens Differenzierung gewünscht: Woche/ Wochenende Sperrzeitkontrolle verwirklichen, verbessern Angebote (Halle/ Nachttanz/ für die Jugend)
---

2. Leicht überprüfbare Lärmschutzaufgaben in Konzessionen und Baugenehmigungen (Fenster schließen etc.).

*Linda: Bitte als Katalog der üblichen Lärmschutzaufgaben durch Veröffentlichung transparent machen (Einzelkonzession dürfen nur Berechtigte einsehen). Gegen Lärmquellen, also laute Musik, in den Kneipen systematischer Vorgehen. Welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

3. Außenbewirtschaftung vor Gaststätten begrenzen durch das Erstellen eines Straßennutzungskonzeptes.

*Linda: Bitte Entscheidungsvorlage für Gemeinderat bis Herbst 2010*

4. Konsequentes Einschreiten bei festgestelltem Sofortverzehr auf der Straße außerhalb der Öffnungszeiten der Außenbewirtschaftung.

*Linda: Bedingte Zustimmung, Umsetzung von Stärke des KOD abhängig, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

5. Bei unkooperativem Verhalten des Wirtes hinsichtlich Ziffer 4: Sperrzeitverlängerung für die Innenräume in Erwägung ziehen

*Linda: Bedingte Zustimmung, verstärkt Maßnahmen nach §12 GastVO Ba-Wü ergreifen, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

6. Sperrzeiten konsequent überwachen, (neue Sperrzeitverordnung seit 01.01.2010).

*Linda: Bedingte Zustimmung, Umsetzung von Stärke des KOD abhängig, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

7. Begrenzung der Besucherzahl in Gaststätten (Baurecht).

*Linda: Bedingte Zustimmung, Thema: Verhältnis Besucherzahl und Toilettenanzahl, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

8. Türsteher in Einzelfällen zwingend vorschreiben.

*Linda: Bedingte Zustimmung, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

>Konsens Zuständigkeiten klären (Ordnungsamt) Sollen lärmreduzierend wirken!
--

9. Auflagen zum Lärmschutz / Lärmmessungen / Lärmprognosen.

*Linda: bitte konkretisieren, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

>Konsens
----------

10. Weitere Limiter für Musikanlagen vorschreiben.

*Linda: Zustimmung, Auflage in Konzession, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

**11. Musikverbot für bestimmte Zeiten in bestimmten Fällen bei nicht einsichtigen Wirten.**

*Linda: Zustimmung, welches Amt ist zuständig*

>Konsens  
Rechtliche Grundlagen nutzen/ schaffen

**12. Neue Vorschrift des Landesgaststättengesetzes ab 01.03.2010 durchsetzen; z.B. Verbot von Flatrate und Mengenrabatten für Alkohol**

*Linda: Zustimmung, welches Amt ist zuständig*

### **Sonstige**

**13. Zügige Vernetzung der Maßnahmen in enger Zusammenarbeit der betroffenen Fachämter**

*Linda: Transparenz gewünscht, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

**14. Einwirkung auf die Vermieter (auch durch die Wirtschaftsförderung), Betriebe (Laden, hochwertige Gastronomie) anzusiedeln, die keine Lärmprobleme verursachen.**

*Linda: Bedingte Zustimmung, Transparenz gewünscht, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

**15. Zügige Vernetzung der Maßnahmen in enger Zusammenarbeit der betroffenen Fachämter**

*Linda: Transparenz gewünscht, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

**16. Stadt als Vorbild; Gebäude Palmbräu-Gasse optimal dämmen; in Pachtverträgen Lärm durch lautstarke Musik untersagen/eventuell künftige Vermietung an Betreiber von Ladengeschäften?**

*Linda: Bedingte Zustimmung, Transparenz gewünscht, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

**17. 24-Stunden-Beschwerdetelefon beim Amt 15 einrichten; nachts automatische Weiterleitung zum Lagezentrum der Polizei (99-0); Muster eines Beschwerdeblattes erstellen.**

*Linda: Zustimmung, Einrichtung bis zum Freitag, den 12. März 2010 gewünscht*

**18. Konsequenter Dialog mit den Gaststättenbetreibern, in ihren Kneipen Raucherräume einzurichten, um rauchende Gäste im öffentlichen Raum zu minimieren.**

*Linda: Bedingte Zustimmung, Transparenz gewünscht, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

>Konsens: keine große Wirkung auf Lärm  
Rechtliche, finanzielle Grundlage?  
Menschen gehen raus zum Rauchen, Straße: öffentl. Raum  
Lösungsansätze: Hausverbot?

**19. Gespräche mit den Gastwirten führen, wegen verstärkten Einsatzes von Ordnungspersonal.**

*Linda: Bedingte Zustimmung, Transparenz gewünscht, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

Umsetzung!  
Konkretisierung Kosten  
Ordnungspersonal: Unterstützung durch KOD  
Wer ist Adressat?

**20.** Deeskalationsschulungen von Ordnungspersonal der Gaststätten.

*Linda: Zustimmung, Auflage in Konzession, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

Dehoga schon 06/07 in Zusammenarbeit organisiert, funktioniert gut

## Maßnahmen bei Störungen im öffentlichen Raum

**21.** Zusätzliche Toiletten im öffentlichen Raum (ad hoc mobilen Toilettenwagen der Stadt am Heumarkt aufstellen. Dabei darf jedoch keine neue Störungsstelle entstehen.).

*Linda: Ablehnung, besser ist wirksame Toilettenpflicht der Gaststätten*

**22.** Gespräche mit der RNV und der Deutschen Bahn führen wegen

a) Alkoholverbotes in Bussen und Bahnen

>Kontrovers

b) Verstärkten Einsatzes von Bussen zur Nachtzeit (Moonliner), um nachts Gäste aus der Innenstadt zu bekommen (bisher ML 2, 4, 5 ; Halbstunden-Takt), unterschiedliche Haltestellen bekannt machen).

> Konsens  
Moonliner schnell umsetzen

*Linda: Problematisch, Transparenz gewünscht, gegenwärtige Zustände Argument gegen aktuelle Sperrzeiten*

**23.** Einträge in die Blogs im Internet, dass in Heidelberg durch Polizei und Kommunalen Ordnungsdienst scharf vorgegangen wird und keine Partystimmung herrscht.

*Linda: Schmunzeln (welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt)*

**24.** Gezielte Maßnahmen gegen Alkoholmissbrauch bei jungen Menschen (Beratung über mögliche Konsequenzen ihres Verhaltens).

*Linda: Zustimmung und Anregung: Aufklärung hierzu an Schulen, Universität, Kneipen und Veranstaltungsorte betreiben durch Aushänge, Plakate, Webseite Stadtmarketing und Pressegespräche, Aktionsplan bitte bis März erstellen, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

**25.** Gezielt Jugendschutzaktionen durchführen durch KOD und Polizei.

*Linda: Bedingte Zustimmung, bitte konkretisieren, Aktionsplan bis März 2010 gewünscht*

>Konsens  
Dehoga schon dabei  
Prävention an (mehr) Schulen: Konkretisierung!  
Problem: Trinkverhalten generell  
Zusammenarbeit umliegende Gemeinden  
Kommunen in der Pflicht (Werbung, Plakate)

**26.** Wirksame Einsatzkonzeption der Polizei (verstärkte Polizeipräsenz; gezielte Einzelaktionen).

*Linda: Bedingte Zustimmung, bitte konkretisieren, Umsetzung ab März 2010*

Keine Änderung  
Einsatzkoordination ist Daueraufgabe

**27.** Verstärkte Präsenz des KOD (eventuell Zurückstellung anderer Aufgaben etc.).

*Linda: Bedingte Zustimmung, Umsetzung von Stärke des KOD abhängig, siehe konkrete Forderung von Linda, bis wann umgesetzt*

>Konsens: wichtig  
Präsenz, keine Sanktionen: in Bewegung sein, mehr Personal

**28.** Konsequentes Einleiten von Bußgeldverfahren bei wildem Urinieren, Grölen, sonstigen Störungen.

*Linda: Bedingte Zustimmung, Umsetzung von Stärke des KOD abhängig, siehe konkrete Forderung von Linda*

>Konsens  
Konkretisierung: Höhe Bußgelder  
Bezug zu Punkt 21: Mehr öfftl. Toiletten, bessere Ausschilderung

**29.** Platzverweise gegen Störer.

*Linda: Bedingte Zustimmung, Umsetzung von Stärke des KOD abhängig, siehe konkrete Forderung von Linda*

>Konsens  
s. Punkt 28 Bußgelder

**30.** Längerfristige Aufenthaltsverbote für Wiederholungstäter.

*Linda: Umsetzung fraglich, Umsetzung von Stärke des KOD abhängig, siehe konkrete Forderung von Linda*

>Konsens  
Sinnvoll

**31.** Schreiben an Innenminister Rech zur Änderung des Polizeigesetzes (Schaffung einer Rechtsgrundlage, um auch im Gefahrenvorsorgefall eine Rechtsverordnung erlassen zu können (bereits erfolgt).

*Linda: Bedingte Zustimmung, bitte Transparenz weiterhin herstellen*

>Konsens

**32.** Veranstaltungen auf Plätzen reduzieren.

*Linda: Bedingte Zustimmung, siehe konkretere Vorstellung von Linda, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

**33.** Alkoholverkaufsverbot für Ladengeschäfte ab 22.00 Uhr ab 01.03.2010 durchsetzen.

*Linda: Bedingte Zustimmung, Umsetzung von Stärke des KOD abhängig, siehe konkrete Forderung von Linda*

Gesetz ist beschlossen!

**34.** Hellere Straßenbeleuchtung ab 24.00 Uhr in Problembereichen.

*Linda: Problematisch, deshalb bitte genaue Absprache mit betroffenen Anwohnern*

>Konsens: „Problematisch“  
Straßenbeleuchtung leuchtet auch Wohnungen aus  
Wer trägt die Kosten? Anwohner des Hauses?

**35.** Um 0.15 Uhr Kehrmaschinen durch Problembereiche fahren lassen.

*Linda: Bedingte Zustimmung, wenn ab 23.00 Uhr, welches Amt ist zuständig, bis wann umgesetzt*

>Kontrovers  
Sehr problematisch  
Machen auch Lärm

**36.** Gemeinsamer privater Ordnungsdienst benachbarter Gaststätten (nicht als Polizeiersatz).

*Linda: Bitte um Erläuterung*

>Konsens  
Begrüßt wegen Außenbewirtschaftung  
In Problembereichen Abstimmung mit Polizei

**37.** Prüfung des Verbots von to go-Getränken ab 22.00 Uhr (u.a. wegen der Verschmutzung der Straße)

*Linda: Bedingte Zustimmung, Zeitplan der Prüfung und Umsetzung bitte mitteilen*

Rechtliche Grundlage? Hilft das?
-------------------------------------

**38 .Linda:** Überarbeitung der Polizei Verordnung Heidelberg ( PoIVO Heidelberg) , um wirksame Rechtsgrundlage für Eingreifen der Polizei (ohne auf Anzeige warten zu müssen) bei Ruhestörungen bzw. Zustände, die zu Ruhestörungen führen (z.B. offene Fenster bei Musik ab 22.00 Uhr, Schreien auf der Straße), Verbot von To-Go-Getränken ab 22.00 Uhr.

**39. Linda :** Festlegung in der PoIVO Heidelberg:Außenbewirtschaftung in der Altstadt auf ausgewiesene Freischankflächen begrenzen. Das würde bedeuten, dass keine Menschentrauben mehr vor den Lokalen stehen, die entweder vom Lokal bedient werden oder sich selbst aus dem Lokal mit Getränken versorgen. Dafür spricht auch, die daraus resultierende Wettbewerbsverzerrung. Lokale, die für 30 Stühle Außenbewirtschaftung bezahlen, können nur 30 Leute bewirten. Lokale die für 50 bezahlen, eben auch 50. Nicht wie es heute in der Unteren Straße zugeht - 10 bezahlte Sitzplätze und auf der Straße werden 200 Gäste bewirtet.

**40.** Internetauftritt von Heidelberg Marketing überarbeiten (welches Image soll mit der Einladung auf die Partyemeile vermittelt werden?)

**41.** Ein Ansprechpartner/ Kümmerer bei der Stadt, zentrale Beschwerdestelle, Hotline nachts

**42.** „Störkarte“, mit deren Hilfe Problemkonzentrationen erkannt werden können

**43.** Kiosk umnutzen als Standort für den Kommunalen Ordnungsdienst oder besseres Toilettenangebot

**44.** Partielles Verbot von Alkohol im öffentlichen Raum prüfen (in Anlehnung an Versuch in Freiburg Konzept entwickeln)

>Konsens Nötig: Rechtliche Grundlage, sonst unrealistisch
--

**45.** Langfristiger Plan für Altstadt: Gesamtkonzept

**46.** Funktionierendes Beschwerdemanagement

**47.** Streetworker

>Konsens: bringt nichts Streetwork basiert auf regelmäßiger Ansprache, Vertrauensverhältnis; Altstadt: nur kurze Kontakte
--

**48.** Nicht immer mehr, sondern auch anders: andere Events, andere Gäste (z.B. Kongress)

>Kontrovers Konkret? Infos von Dehoga Froh über Vielfalt
--

**49.** Anlaufstelle für Ordnungsdienste (Koordination, Präsenz vor Ort)

**50.** Marketingauftritt entsprechend der angestrebten Altstadtentwicklung gestalten

**51.** Kooperation mit FALK, um jüngere Gäste zu erreichen

>Konsens  
Wichtig  
Konkretisierung  
Generationsübergreifende Arbeitsgruppe  
Selbstkontrolle junger Menschen

**52.** Liste mit Verantwortlichen der Studentenverbindungen zusammenstellen (Erreichbarkeit sicherstellen)

>Konsens  
Sehr gut, große Zustimmung

### **Kernforderungen von LindA**

*I. Erhebliche Verstärkung des Kommunalen Ordnungsdienstes -KOD (derzeit nur insgesamt 6 Personen!), damit die Altstadt und gleichzeitig die Neckarwiese ausreichend geschützt werden. Mindestzahl der Personalstellen deshalb: 12 Personen in Vollzeit. KOD dient der Unterstützung der Polizei und soll vor allem abends und ab Mitternacht tätig sein, der Gemeindevollzugsdienst („Blaumänner“) dient abends als Unterstützung des KOD durch verstärktes Vorgehen gegen rechtswidriges Parken in der Altstadt.*

KOD greift nicht durch/ schreibt auf; kommunizieren zu wenig  
KOD-Ausbildung verbessern; klare Aufgaben  
Unterschiede Polizei/ KOD besser kommunizieren

*II. Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes und der Polizei in der Altstadt von Mitternacht bis 06.00 Uhr. Wieder den Polizeiposten in der Altstadt abends besetzen. Einen Streetworker ab 23.00 Uhr einsetzen, mit dem Auftrag bei Gewalt deeskalierend zu wirken.*

*III. Lärmmessgeräte an den Brennpunkten der Altstadt fest installieren; Kommunalen Ordnungsdienst mit mobilen Geräten ausstatten. Ziel ist die gerichtsfeste Lärmmessung und Dokumentation. Bei Events auf öffentlichen Plätzen sind eine Lärmmessung und ein Lärmprotokoll obligatorisch als Auflage.*

>Kontrovers  
Stöckelschuhe=45 dB  
Messwerte rechtlich nicht verwertbar, trotzdem aussagekräftig: politisch verwertbar  
Lärmkarte erstellen  
Lärmmessgeräte für Bürger ausleihbar

*IV. Erhebliche Reduzierung der Nutzung der öffentlichen Plätze der Altstadt für Events, deshalb: keine Erweiterung des Weihnachtsmarktes, ab sofort keine Ausweitung der Außenbewirtschaftung in der gesamten Altstadt. Bei der Ermessensentscheidung über die Zulassung von Events haben die Merkmale Lärm und Anwohnerschutz sowie Sonntagsruhe ein stärkeres Gewicht vor kommerziellen Interessen je mehr Events schon genehmigt worden sind (transparentes Punktesystem). Wichtig: Konzept für Nutzung von Plätzen in anderen Stadtteilen erstellen. Sondernutzungsverordnung erstellen, damit klare Regeln für alle Antragsteller angewendet werden.*

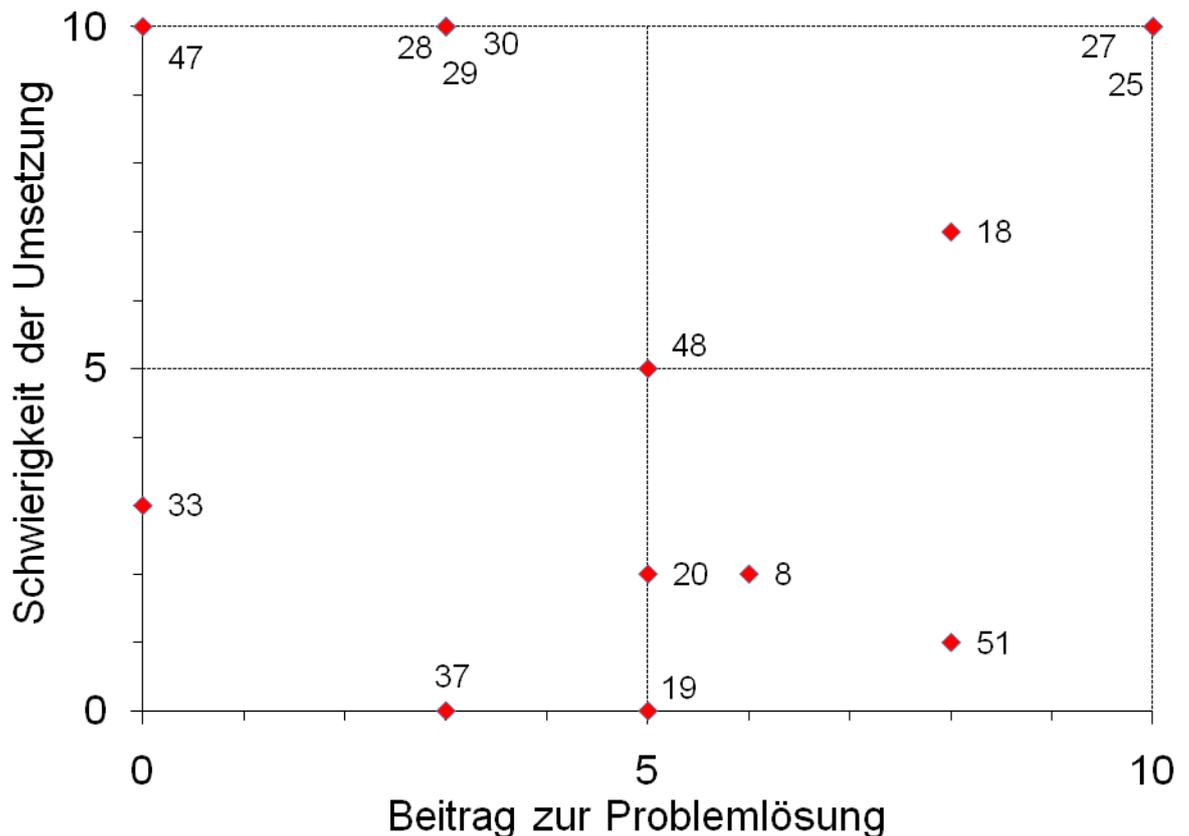
>Konsens: Gesamtkonzept notwendig  
Platznutzungskonzept für Gesamtstadt anstelle von Nutzungskonzentration in Altstadt (HD-Marketing: nicht immer mehr akquirieren)  
Angebote außerhalb der Altstadt schaffen

*V. Neue anwohnerfreundliche Sperrzeitregelung.*

Karenzzeit (subtrahieren statt addieren): Gäste nicht plötzlich vor die Tür setzen

**VI. Konzept für ein stärkeres Freizeit- und Kulturangebote für Jüngere auch außerhalb der Altstadt erstellen und umsetzen, um die Altstadt zu entlasten (z.B. Public Viewing außerhalb der Altstadt.)**

Die AGs haben mit Hilfe eines vorbereiteten Koordinatensystems ausgewählte Maßnahmen nach den Kriterien „Beitrag zur Problemlösung“ und „Schwierigkeit der Umsetzung“ bewertet. Die folgende Grafik erleichtert die Prioritätensetzung bei der Realisierung.



Nr.	Vorschlag
8	Türsteher in Einzelfällen vorschreiben
18	Dialog, um Raucherräume einzurichten
19	mehr Einsatz von Ordnungspersonal durch Wirte
20	Deeskalationsschulung für Ordnungspersonal
25	Jugendschutzaktionen durch KOD und Polizei
27	stärkere KOD-Präsenz
28	Bußgelder für Urinieren, Grölen, Störungen
29	Platzverweise gegen Störer
30	Längere Aufenthaltsverbote für Wiederholungs-Störer
33	Alkohol-Verkaufsverbot für Läden ab 22Uhr durchsetzen
37	Verbot von to go-Getränken ab 22 Uhr
47	Streetworker

- 48     Andere statt mehr Events (und Gäste)
- 51     Kooperation mit FALK (jüngere Gäste erreichen)



Abraham de Wolf bekräftigt für LindA: Ziel der Initiativen ist die Umsetzung. Sie werden diese freundlich, sachlich und mit Nachdruck begleiten. Die Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen müssen aufgestockt und zur Verfügung gestellt werden. Für die zentralen Themen *Sperrzeiten* und *Platznutzungen* sind bessere rechtliche Grundlagen (PoIVO) unumgänglich. Der Runde Tisch sollte weitergeführt werden. Für die Umsetzung der Maßnahmen ist das Vereinbaren von Meilensteinen und eine Evaluation wichtig.

## TOP 5     Fazit, Ausblick, Ausklang

Joachim Fahrwald dankt allen Teilnehmer/innen für die gute Zusammenarbeit in den Arbeitsgruppen. Viele Teilnehmer sind mit durchaus kritischer Haltung an den Runden Tisch gekommen. Durch die Mitarbeit aller Akteure konnte bis heute eine umfangreiche, gemeinsam erarbeitete Grundlage für die anstehende politische Beratung im Gemeinderat geschaffen werden.

Dafür wird jetzt ein Handlungskonzept entwickelt und in der nächsten Sitzung vorgestellt. Der nächste Runde Tisch bereitet die Begleitung der Umsetzung vor:  
 Welche Schritte bis wann? Wie evaluieren? Künftige Rolle des Runden Tisches?

Oberbürgermeister Dr. Würzner bedankt sich bei allen Anwesenden herzlich für die konstruktiven Ergebnisse. Die teilweise kontroversen Debatten sind notwendig, um Prozesse anzustoßen und Synergien zu entdecken.

Heidelberg hat ein Handlungsspektrum, das noch weiter ausgeschöpft werden muss. Die Stadt braucht dazu Partner, die in Zukunft noch besser miteinander arbeiten wollen. Es wird

eine Clearingstelle eingerichtet, die sich um Einzelfälle kümmert und Nachsteuerungsmöglichkeiten bietet.

Dr. Würzner ist sicher, dass mit Hilfe der heutigen Ergebnisse bei der nächsten Sitzung ein klares Konzept mit umsetzbaren Ergebnissen vorliegen wird.

Die Veranstaltung endet um 21.30 Uhr.